

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 56 (1977)
Heft: 10

Artikel: Grundprobleme einer sozialistischen Strategie
Autor: Vollmer, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339380>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Grundprobleme einer sozialistischen Strategie

Immer dann, wenn unsere traditionelle Politik, vermittelt über staatliche Institutionen, an strukturelle oder machtpolitische Grenzen stösst, macht sich in unserer Bewegung eine lähmende Resignation breit, die oft zum endgültigen Rückzug in sozialstaatliches Verwalten oder zum Ausbruch in Visionen systemunabhängiger Gesellschaftsalternativen führt. Bei näherer Betrachtung stellen wir fest, dass beides keineswegs alternative, im Gegenteil lediglich zwei sich bedingende Seiten ein und desselben Prozesses darstellen. Die sozialdemokratische Programmgeschichte lehrt, dass ein «revolutionäres» Programm oft gerade Ausdruck einer perspektivlosen Praxis war.

Es ist deshalb gerade die zentrale Aufgabe der Strategiediskussion, aufzuzeigen, wo Widersprüche und Grenzen unserer Politik nicht nur mit der fehlenden Parlamentsmehrheit erklärt werden können und infolgedessen unsere Politik nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag roter Mehrheit verschoben wird, sondern hier und jetzt Wege und Möglichkeiten aufzeigt.

Strategische Ansätze lassen sich grundsätzlich nach zwei Varianten darstellen, erstens als Zielkonkretisierung einzelner Teilgebiete und zweitens über Entwicklungsperspektiven und Freiraumergründung unter Berücksichtigung der Restriktionen unseres ökonomischen und politischen Systems. Beide Varianten stehen in einem Zusammenhang, wobei letztere als Rahmenbedingung für konkretere Zielumschreibungen zu verstehen ist. Unsere Bemühungen müssen deshalb vermehrt Analysen zu den Rahmenbedingungen staatlichen Handelns einbeziehen. Ohne Zweifel enthält ein Modell des demokratischen Sozialismus nicht ausschliesslich staatliche Lenkungs- und Leistungsmassnahmen, doch scheinen die strukturellen Schranken staatlichen Handelns ebenso auf organisatorisch und gesellschaftspolitisch anders konstituierte Einheiten bestimmend zu sein. Es ist, gerade unter dem Aspekt der Annahme eines gesamtgesellschaftlichen Rahmenplanes, nicht nur nach den legitimatorischen – und damit ideologischen – und rechtlichen Hindernissen im Gesamtsystem zu fragen, sondern es sind gerade die davon relativ autonomen anderen Strukturbedingungen als Gegenstand der Problembeschreibung zu berücksichtigen. Die (fiskalische) Steuerabhängigkeit und die laufend herzustellende Legitimation (Rechtfertigung) des politischen Systems seien als wichtigste Merkmale genannt.

Erfahrungen – gerade in sozialdemokratisch regierten Ländern – machen deutlich, dass insbesondere die Steuerabhängigkeit und die damit verbundene Abhängigkeit vom privatkapitalistischen Akkumulationsprozess wesentliche Restriktionen einer planenden Administration darstellen.

Es ist also in allen Zielkonkretisierungen darauf zu achten, dass Massnahmen möglichst ausgeschlossen bleiben, die eine Durchsetzung planender Vorkehren von finanziellen Leistungen – primär des Gemeinwesens, aber auch indirekt des ökonomischen Gesamtsystems – abhängig machen. Auf eine reine staatliche Umverteilungspolitik soll demnach weitmöglichst verzichtet werden, ebenso wie eine dauernde Defektbehebung gesellschaftlicher Fehlentwicklungen nicht allein von den durch die private Produktion erbrachten Mitteln abhängen darf, da ja dort diese Defekte gerade produziert werden.

Diese Forderung aktualisiert sich in der heutigen Finanzkrise und Sparübung des Bundes. Die einzelnen Leistungsbereiche wären demnach soweit möglich voneinander unabhängig zu machen. So zum Beispiel eine AHV mit vollständiger Eigenfinanzierung, ein – alle Träger integrierendes – eigenwirtschaftliches Verkehrssystem usw., damit «erpresserische» Abhängigkeiten ausgeschlossen werden. Nebenbei sei bemerkt, dass diese Strategie durchaus eine Abkehr vom traditionell verstandenen Sozialstaat bedeuten würde. Es wäre dagegen denkbar, dass durch eine solche Politik die potentiell vorhandene Gesamtplanungskapazität der Verwaltung aktiviert werden könnte; denn irgendwo muss die von uns immer wieder postulierte gesamtgesellschaftliche Rahmenplanung ja einsetzen.

Die politischen Anstrengungen haben sich auf folgende Bereiche zu konzentrieren:

1. Eine rechtliche Spielraumerweiterung der Administration, ohne eigentliche materielle Leistungsausweitung (zum Beispiel Vorschriften im Bereich des Umweltschutzes, Wohnbauvorschriften, Infrastrukturbestimmungen usw.).

2. Förderung basisdemokratischer Entwicklungen (Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsgesetze und andere) zur Schaffung und Gewährleistung demokratisch organisierter Planungsprozesse. In den Unternehmen müssten basisdemokratische Entwicklungen auch beitragen, Restriktionen staatlichen Handelns durch ausweichende Unternehmensbeschlüsse zu reduzieren.

3. Wo, infolge ungleichzeitiger Entwicklungen der obenerwähnten Massnahmenbereiche, Einwirkungen der Administration weitgehend noch durch unternehmerische Entscheide unterlaufen werden können, sind Verstaatlichungsmassnahmen nicht nur unausweichlich, sondern, was besondere Bedeutung hat, auch im öffentlichen Interesse begründbar.

In einer grundsätzlichen Strategie des demokratischen Sozialismus können die Hindernisse, die sich aus der internationalen Interdependenz ergeben, als eher zweitrangig betrachtet werden. Zum einen, weil sich die Restriktionsprobleme weder als nationale noch als internationale, sondern als grundsätzliche stellen, zum andern, weil gerade die hier diskutierten Grundprobleme in allen wirtschaftlich hochentwickelten Ländern mehr

oder weniger gleichartig angepackt werden müssen. Damit seien diesbezügliche Schwierigkeiten nicht negiert, doch werden sie sinnvoll erst an konkreten Beispielen befriedigend diskutiert.

Diese hier skizzenhaft dargestellten Grundanforderungen stellen so etwas wie einen strategischen Rahmenplan dar, innerhalb dessen politische Zielkonkretisierungen erst sinnvoll entwickelt oder danach überprüft werden können.

Die bis heute in unserer Partei teils noch gescheiterten Arbeiten (Kommission 400 unter anderen) dieser Art zeigen, dass wir einmal mehr noch am Anfang solcher Bemühungen sind. Hoffen wir, dass die heftigen Auseinandersetzungen (Finanzpaket, Energiepolitik und andere) diese Arbeit begünstigen, nur so ersparen wir uns weitere, lediglich an der Frontlinie pragmatische Parlamentsarbeit/programmatische Sozialismustheorie ausbrechende Konflikte.

Nicht jeder, der im Betrieb, im Seminar oder im Wohnbereich mitentscheiden will, versteht sich deshalb schon als Sozialist. Gleichwohl erweist es sich als zentrale Aufgabe einer Theorie und Strategie der Demokratisierung, die relevanten demokratischen Aktionen, Initiativen und Forderungen als Vorübungen oder gar als objektive Elemente einer sozialistischen Neuordnung der Gesellschaft bewusst und zielgerecht zu machen. Es wäre sozialtheoretisch unredlich und strategisch verhängnisvoll, diesen objektiven Zusammenhang nicht in aller Offenheit zu thematisieren — ganz abgesehen davon, dass besonders die im parteipolitischen und akademischen Bereich immer noch zu beobachtende «taktische» Zurückhaltung bei der Bestimmung bestimmter politischer Zielsetzungen als «sozialistisch» hinter dem inzwischen erreichten Bewusstseinsstand eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung zurückzubleiben beginnt: Nach einer «Spiegel»-Umfrage verbanden 56 Prozent der Bundesbürger mit dem Begriff des Sozialismus positive Vorstellungen.

Fritz Vilmar in «Strategien der Demokratisierung, Band I: Theorie und Praxis»